

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Bundesräte Andrea Schartel, Christoph Steiner
und weiterer Bundesräte

betreffend **Sicherstellung eines regulären Unterrichts nach den Semesterferien**

*eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Bundesräte Steiner, Ofner Kolleginnen und Kollegen an den Bundeskanzler betreffend **Herr Bundeskanzler, wieso sperren Sie die Schulen zu?***

Am Freitag, 15. Jänner wurde von BMBWF eine Verordnung still und leise veröffentlicht, die den Alltag der Schüler massiv verändert. In dieser „19. Verordnung: Änderung der COVID-19-Schulverordnung 2020/21 – C-SchVO 2020/21“ erfährt man, dass die Schulampel tatsächlich bis 26. März, also bis Ostern, auf rot gestellt wurde. Das bedeutet: Der Betrieb an den betroffenen Schulen bleibt weiter ortsungebunden. Bedeutet: geschlossene Schulen und „Distance-Learning“.

Abweichend davon kann die Schulleitung oder die Schulbehörde für Schulstufen, Klassen oder Gruppen für einzelne oder mehrere zusammenhängende Tage oder einzelne Unterrichtsgegenstände Ausnahmen vom ortsungebundenen Unterricht in Form von Präsenzunterricht anordnen. Dann allerdings nur, wenn die Klassen in Gruppen geteilt sind – das gilt bis zum Ende des Schuljahres 2020/21, also bis zu den Sommerferien. Wörtlich steht in der Verordnung, die schon mit 24. Jänner in Kraft tritt:

Der Präsenzunterricht gemäß Abs. 3 ist an Volksschulen, Mittelschulen, Polytechnischen Schulen sowie an der 5. bis 8. Schulstufe der allgemein bildenden höheren Schulen in Form eines Schichtbetriebs zu organisieren. Die Klassen sind in Gruppen zu teilen, zwischen denen kein Wechsel stattfinden darf.

Eines wird damit jedenfalls klar: „Normaler“ Unterricht scheint durch diese Bundesregierung für die nächsten Monate abgesagt zu sein. Und das geschieht alles entgegen Expertenmeinungen und vor dem Hintergrund alarmierender Meldungen.

So hat die Bildungspsychologin Christiane Spiel in einer Studie erhoben, wie es den Schülerinnen und Schülern im Lockdown ergeht – mit „alarmierenden Ergebnissen“:

Viele hätten die Lernfreude verloren, seien verzweifelt und machten sich ernste Sorgen um ihre Zukunft. (orf.at am 11. Jänner, <https://orf.at/stories/3196820/>)

Im Ö1-Morgenjournal vom 27.01.2021 schlägt der Leiter der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Univ.-Prof. Dr. Paul Plener, MHBA, Alarm:

Renner Franz (ORF): Immer stärker treten jedenfalls die negativen Folgen der Pandemie und wohl auch des Tür-auf-Tür-zu an den Schulen zutage. Da schlägt beispielsweise die Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie am Wiener AKH Alarm. Die Stationen seien überfüllt, es könnten nicht mehr alle Erkrankten behandelt werden. Immer mehr Kinder und Jugendliche leiden demnach an Essstörungen oder Depressionen. Barbara Reichmann berichtet.

[...]

Reichmann Barbara (ORF): Seit Jahresbeginn sehe man ein Muster, dass Essstörungen enorm zunehmen, andererseits erleben viele Jugendliche deutliche depressive Episoden, sagt Paul Plener.

Plener Paul (AKH Wien): Von den Jugendlichen selber hören wir vielfach eine, ja, auch große Erschöpfung, große Müdigkeit, Antriebslosigkeit, Stimmungsver-schlechterung, auch mit Suizidgedanken oder Suizidversuche in der jüngeren Ver-gangenheit.

[...]

Plener Paul (AKH Wien): Vor allem im Bereich acht bis zwölf mit einer deutlichen depressiven Symptomatik, was wir in dieser Stärke bislang nicht beobachtet haben.

Reichmann Barbara (ORF): Es gibt viele Gründe für diesen starken Anstieg, sagt der Kinder- und Jugendpsychiater. Einen ganz Wesentlichen sieht er jedoch in den Schulschließungen und im sozialen Rückzug.

Plener Paul (AKH Wien): Dem Verlust von positiven Erlebnissen im Alltag, dem Ver-lust von sozialem Kontakt, was natürlich auch dann eine Abwärtsspirale bedingen kann im Bereich Depressionsentstehung oder eben auch im Bereich der Entstehung von Essstörungen.

Vor diesem alarmierenden Hintergrund stellen die unterzeichnenden Bundesräte fol-genden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissen-schaft und Forschung werden aufgefordert, sicherzustellen, dass nach den Semester-ferien 2021 wieder ein regulärer Präsenzunterricht für alle Schulstufen stattfindet.“



